Bioland Schweiz : zum Nulltarif nicht möglich

Autor(en): **Brunner, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **51 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-891895

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

direkt oder indirekt Einfluss auf die produktionstechnische Ausrichtung der Betriebe und somit auch Konsequenzen für die Arbeit auf dem Acker und im Stall – und für die Umwelt.

Profiteure Nr. 3: Lagerhallenbesitzer

Der europäische Tabak schmeckt im übrigen den Europäern nicht so gut. Deshalb gibt es Exportsubventionen (insgesamt *273 Mio. S,* 21 Mio. ECU). Bevor aber die Exportprodukte die EU verlassen, werden sie z.T. über lange Zeiträume zwischengelagert. Nutzniesser sind die Besitzer von Kühl- und Lagerhäusern. Die Lagerung ist ein weiterer grosser Posten im Garantiefonds, er umfasst in 1995 weit über *26 Mrd. S,* 2 Mrd. ECU. Für die Getreidelagerung werden mehr als *5,239 Mrd. S,* 403 Mio. ECU, für Rindfleisch *1,248 Mrd. S,* 960 Mio. ECU, veranschlagt, und auch für Zucker (*5,291 Mrd. S,* 407 Mio. ECU), Butter (*2,340 Mrd. S,* 180 Mio. ECU) und Käse (*1,313 Mrd. S,* 101 Mio. ECU) sind dreistellige Millionenbeträge (in ECU) aufzubringen. Kein Profit für die Bauern, wohl aber für Lagerhausbesitzer und für die Lebensmittelindustrie. Viele Grosshandelsketten beispielsweise, die auf der grünen Wiese ihre Zentren aufgebaut haben und somit zum weiteren Anwachsen des Verkehrs beitragen, haben selbst gar keine Kühlhäuser mehr, sondern bedienen sich der vom Steuerzahler gestützten EU-Kühlstätten!

Stillegung – ist das Bauern- und Umwelthilfe?

Ein weiterer, sich in den letzten Jahren dramatisch erhöhender Posten, der im übrigen von den Agrarpolitikern immer gern als Beweis für die Reform hin zu einer umweltverträglicheren Landwirtschaft angeführt wird, ist die Stillegung von Flächen und Menschen sowie die Ausgaben für Extensivierungen.

Insgesamt fast *104 Mrd. S,* 8 Mrd. ECU, stehen im 95er Haushalt bereit, um Flächen stillzulegen, Obst zu vernichten, Wein zu Alkohol zu destillieren, die Aufgabe der Milchviehhaltung und des Weinbaus zu fördern sowie für die flankierenden Massnahmen (z.B. Vorruhestand) und für Extensivierungen. Genau genommen Mittel, damit Landwirtschaft nicht mehr betrieben wird!

Knapp *104 Mrd. S,* 8 Mrd. ECU, um den Wahnwitz der geförderten Überproduktion in den Griff zu kriegen. **Dies ist keine Landwirtschaftspolitik, sondern schlechtes Krisenmanagement, das die Abschaffung der Bauern fördert. Die Massnahme dient eher der Ausdehnung der Agroindustrie denn der Stabilisierung einer bäuerlichen, umweltverträglichen Landwirtschaft.** Viele Bauern sind nämlich nicht gewillt, auf Dauer ihre Existenz über Ausgleichszahlungen absichern zu wollen. Nachdem allein von 1970 bis 1990 mit 8 Mio. Arbeitsplätzen ca. die Hälfte der damals in der Landwirtschaft der 12 EU-Staaten noch vorhandenen Arbeitsplätze durch die Agrarpolitik wegrationalisiert wurden, bedeutet die Ausgleichspolitik lediglich eine Verlangsamung des immer noch gewünschten Strukturwandels hin zu intensiveren Agrarstrukturen.

Schon vor einigen Jahren wurde festgestellt, dass 6% der Getreidebauern 50% der Getreidefläche besitzen und 60% der Erträge erbringen, dass 15% der Milchbauern 50% der Milchmenge und 10% der Bullenmäster 50% des Fleisches produzieren.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie von der EU auch noch direkt oder indirekt gefördert wird, erhöht sich die Konzentration noch weiter und nimmt das Bauernsterben weiter zu.

Bioland Schweiz – zum Nulltarif nicht möglich

Seit einiger Zeit macht das Schlagwort «Bioland Schweiz» Medien- und Politkarriere. Einige Verfechter dieser Vision behaupten gar, es sei möglich, den Schweizer Konsumenten Bioprodukte «zu EU-Preisen» anzubieten, wenn ihre (einfachen) Rezepte umgesetzt würden.

Das Schlagwort «Bioland Schweiz» schürt, so wie es eingesetzt wird, falsche Hoffnungen. Die ökologischen und sozialen Probleme der Schweizer Landwirtschaft lassen sich – so schön dies auch wäre – nicht mit einigen wenigen Federstrichen lösen. Es braucht differenzierte Regelungen, die auf die jeweiligen Probleme zugeschnitten sind.

Es ist unverantwortlich zu suggerieren, eine ökologische Landwirtschaft könne quasi zum Nulltarif angeboten werden. Denn flächendeckender Biolandbau, so sinnvoll und notwendig er ist, kann nicht die Bundeskasse entlasten, das Grundwasser und die Luft schützen, die Nutztiere artgerecht halten und *gleichzeitig* den Konsumenten vorgaukeln, sie könnten bald Schweizer Biolebensmittel zu heutigen Preisen für konventionelle EU-Lebensmittel kaufen.

Schon die Studie über die Möglichkeiten eines flächendeckenden Biolandbaus in Zug brachte Resultate, die bis heute immer wieder bestätigt worden sind: Der kontrollierte, gesamtbetriebliche Biolandbau ist deutlich konstenaufwendiger als konventionelles Wirtschaften.

Unsere Botschaft ist ehrlich: Eine ökologische Landwirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wer das Gegenteil sagt, akzeptiert in Tat und Wahrheit ein grosses Bauernsterben und deutlich ansteigende Importe, ist mithin nicht an einer flächendeckenden Landwirtschaft auch in den Randgebieten interessiert.

Daniel Brunner, Präsident IG Bio Zug, anlässlich einer Pressekonferenz zum Rückzug der BuK-Initiative.

Aus einzelbetrieblicher Sicht ist dieser Aussage nichts beizufügen. Aus gesamtökonomischer Sicht hingegen hat Herman Priebe in seinem Buch «Die subventionierte Unvernunft» schon 1985 dargelegt, dass eine umfassende Ökologisierung die Gesellschaft letztlich billiger zu stehen kommt, als die Reparatur von Schäden an der Umwelt oder die «Eliminierung» von Überschüssen einer zu intensiven Landwirtschaft. Weil sich aber die Regierungen aller Staaten um einen echten Schutz der Umwelt und die Vermeidung der Schäden drücken, d.h. die Folgen künftigen Generationen überbinden, geht die Rechnung für die Biobauern heute nicht auf.

(Red.)